

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: H. Heutmann in Düsseldorf 51,
Cornwallstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind
zunächst an den betr. Bezirksvorstehenden einzuliefern.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. Es

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.— M. Expedition und Druck von
Joh. van Aken in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66.
1929/30/31/32 Fernsprech-Nr. 1368. 22.000.000

Nr. 49. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 4. Dezember 1909. Fernsprech-Nummer 4423. 11. Jahrgang.

An die christlich-nationale Arbeiterschaft Deutschlands!

Zu den vornehmsten Aufgaben, welche wir uns in unseren Organisationen gestellt haben, gehört die Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes; Ausbau des korporativen Arbeitsvertrages. Mit Bemühen konnten wir in den letzten Jahren feststellen, wie der Tarifgedanke immer weitere Fortschritte machte und auf dem Boden der Gleichberechtigung die Verhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sich friedlicher gestalteten. Nur die Großindustrie hat sich bisher hartnäckig dem Tarifgedanken verschlossen und beharrt auf ihrem rücksichtslosen Herrschaftspunkt. Aus diesen Reihen droht der gesamten deutschen Arbeiterschaft eine neue, bisher nur dunkel geahnte Gefahr: Es ist die Entwertung der

einseitigen Arbeitsnachweise der Arbeitgeber.

Langsam aber zielbewußt haben die Arbeitgeberverbände durch ganz Deutschland ein Netz von Arbeitsnachweisen errichtet, mit deren Hilfe sie trachten, die Arbeiter in ihre Hörigkeit zu bringen, alle freie Lebensäußerung der organisierten Arbeiter zu unterbinden, mißliebige Arbeiter dauernd aus der Industrie zu verbannen und die Freizügigkeit der Arbeiter illusorisch zu machen. Das Endziel dieser Bestrebungen ist die Monopolisierung des Arbeitsmarktes und damit der Arbeitsgelegenheit. Das bedeutet letzten Endes die bedingungslose Herrschaft der Unternehmer über die Arbeiter.

Als neuestes Glied in der Kette dieser Bestrebungen ist die Errichtung der Arbeitsnachweise des Zechenverbandes im Ruhrgebiet anzusehen. Eine mächtige Erregung geht bereits durch die Reihen der Bergarbeiter. Sie fühlen, daß mit dieser Einrichtung die von ihnen seit alters her so eifersüchtig bewachte Freizügigkeit in Gefahr steht und sind bereit, den aufgezwungenen Kampf aufzunehmen. Die Bergarbeiterverbände haben sich an die gesetzgebenden Körperschaften gewandt, und der Reichstag wird sich mit der Frage des Arbeitsnachweises beschäftigen. Diese parlamentarische Aktion muß im ganzen Lande unterstützt werden durch

Protestversammlungen gegen diese neuesten Versuche der Arbeiterknebelung.

Eben wird durch den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine Broschüre veröffentlicht, welche Praktiken der Arbeitsnachweise der Industriellen von Mannheim und Ludwigshafen, die nach dem sogenannten „Hamburger System“ errichtet sind, an der Hand von Originalmaterialien beleuchtet. Dieser Arbeitsnachweis ist eine Arbeiterverdrängungs- und Arbeiterknebelungsanstalt im schärfsten Sinne des Wortes, er ist mehr, er ist eine geheime Fehm, die mit brutaler Rücksichtslosigkeit die den Unternehmern mißliebigen Arbeiter mit Arbeitslosigkeit und Hunger verfolgt.

Christlich-nationale Arbeiter! Auf dem Berliner Kongress sprach der Vertreter der deutschen Regierung, unser jetziger Reichskanzler, das erhabene Wort:

„Ich wähle keine größere Aufgabe der Gegenwart als diejenige, die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage einzuordnen in die bestehende Gesellschaft. Wenn Sie sich dieser Aufgabe hingeben, dann sorgen Sie nicht nur für Ihr wirtschaftliches Wohlbefinden, für Ihre steigende Teilnahme an Errungenschaften der Kultur, am politischen Leben, sondern dann leisten Sie dem Vaterlande, dessen Kinder wir doch alle sind, den größten Dienst.“

Wir haben uns damals freudig auf diesen Boden gestellt. Und was erleben wir jetzt? Die mächtigste Gruppe der großindustriellen Kapitalisten sucht durch ihre Arbeitsnachweise den freien deutschen Arbeiter herabzudrücken auf die willenlose Hörigkeit. Die schlimmsten Wirkungen des zur Zeit abgelehnten Nachtarbeitsgesetzes hätten nicht im eiferstetsten Herangereicht an die verheerende, die Freiheit der Arbeit und der Existenz vernichtenden Wirkungen der zentralisierten Arbeitsnachweise.

Sollen wir uns das widerspruchslos gefallen lassen? Nie und nimmer! Auf zum Protest auf der ganzen Linie! Rast durch Massenentscheidungen den Schutz der Regierung und der Parlamente gegen diese Ungeheuerlichkeit an!

Hoch die Freiheit der Arbeit!

Nieder mit der Volk und Vaterland verderbenden kapitalistischen Willkür!

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

„Aus der Geheimpraxis eines Unternehmer-Arbeitsnachweises.“

Es gibt Schlagworte, die die Stimmung des Tages gebiert. Sie sind kaum mehr als Schall und Rauch und verfliegen wie diese, wenn die leicht wandelbare Tagesstimmung wieder anderen Richtungen zueilt. Es gibt aber auch solche, die, wie Wägel, von einem erschreckend ernsten Hintergrunde aufsteigen und jedesmal mit grellem Schein eine Situation beleuchten, die zum Explodieren reif ist. — Wir kennen ein solches Wort: „Wer die Arbeitsvermittlung beherrscht, herrscht über die Arbeitsbedingungen.“ In unzähligen Unternehmer- und Arbeitgebervereinigungen haben es die streitbaren Jünger des Zentralverbandes deutscher Industriefabrikanten erklungen lassen, und jedesmal leuchtete ein bedrohlicher Hintergrund auf: Kampf gegen die Arbeiterorganisationen, die, vernünftig genug, die Arbeitsbedingungen mit beeinflussen wollen! Und dieses Schlagwort ist nicht mit der Stimmung eines Tages wieder verhallt. Es hat gezündet! Und die Wirkung sehen wir vor uns in der stets steigenden Zahl von Gründungen einseitiger Zwangs-Arbeitsnachweise, die uns wieder einmal, in dem bekannt gewordenen Plane des Zechenverbandes, an den Vorabend von Ereignissen von kaum absehbarer Tragweite auf dem Gebiete des sozialen Lebens drängen — wenn nicht rechtzeitig von maßgebender Seite eingegriffen wird. In letzterem Sinne haben schon die vier Bergarbeiterorganisationen in seltener Einmütigkeit eindringlich warnd die Stimme erhoben. In ihrem Warnungsbrief klingt die banale Ueberzeugung durch von der ungeheuren Gefahr, die dem friedensfördernden Wert der Organisationen droht, aber auch ihren Bestrebungen, den Arbeitern mit unermesslichen Opfern die Gleichberechtigung zu erringen. Doch mit einer Handbewegung tut der Zechenverband alle Bedenken ab und will uns zum Glauben an die Ungefahrlichkeit seines Experimentes zwingen. Die Arbeiter — und mit ihnen die einsichtigen Sozialpolitiker — fühlen es gewissermaßen instinktiv, daß bei der einseitigen Arbeitsnachweise die eigentliche Arbeitsvermittlung Nebenfache, Hauptfache dagegen die einseitige Kontrolle der Arbeiter und die Heranziehung eines gefügigen und jeden Selbstbewußtseins baren Arbeiterelements ist. In dem Nachweis nach dem sog. Hamburger System aber ist diese Tendenz auf die Spitze getrieben.

Doch es schien fast, als ob die gemeinsamen Proteste wirkungslos verhallen würden. Es hastete ihnen ein empfindlicher Mangel an Zeit der verhältnismäßig noch geringeren Verbreitung der Arbeitsnachweise nach dem Hamburger System fehlte es bisher an Beweismaterial, um die Bedenken gegen dasselbe durch Hinweis auf die verwerfliche Wirkung dieses Systems in der Praxis hinreichend zu stützen. So konnte es tatsächlich, wie die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 46/09) höhnt, „den Herren Sozialreformern angeht die kraftvoll einsetzende Bewegung zugunsten der Einführung von Arbeits-

nachweisen nach dem Hamburger System schnell uns „Dev.“ werden.

Da erscheint gerade zu rechter Zeit ein Schriftchen, das dem so bitter empfundenen Mangel wirksam abhilft: „Aus der Geheimpraxis eines Unternehmers-Arbeitsnachweises.“ (Schrift. Gewerkschaftsverein, Corn. Palaststraße 14, Preis 50 Hg., für Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 20 Hg.)

Das hier veröffentlichte Material aus den Akten eines bestehenden Arbeitsnachweises nach dem Hamburger System (Mannheim-Ludwigshafen) wirkt geradezu widerstimmend. Wir sehen, wie sich in diesem Institutoren alle Einzelmaßnahmen vereinigen, welche die Arbeitgeber bisher in rücksichtsloser Weise gegen jene Arbeiter erlassen haben, die sich aus irgend einem Grunde bei den Arbeitgebern „mißliebige“ gemacht haben. Und in zwei Dritteln der Fälle erhebt in dem besprochenen Nachweisgebiet, die „Mißliebigkeit“ aus der Wertigkeit für die Arbeiterorganisation! Hier arbeiten Personalförderung, schwarze Listen, geheime Markierung von Zweisungscheinen u. zusammen, um jedes unliebsame Element auszuweiden. Vom Tage seines Vorwurfs an Nachweisebureau an gehört der Arbeiter sich selbst nicht mehr an. Wie ein jederlei Gegenstand schiebt ihn der Nachweis hin und her, bis sich die „Mutter“ endgültig über ihn schließt und er entweder den nächsten Elementen beigelegt oder aber als Opfer des Nachweises hin- und hergetrieben, zu Tode gepeinigt, bis er den Staub von den Füßen schüttelt, oder in Verzweiflung untergeht. Wen der Nachweis oder ein seiner Mitglieder achtet, der ist in dem betr. Industriegebiet rettungslos verloren. Und nicht nur er: auch seine Angehörigen, denn auch diese unzufolge alsbald die Krallen des Ungeheuers: Arbeitsnachweis. Das geradezu Empfindende dabei ist dies: Dem Arbeiter, der sich dem Unmut des Nachweises oder eines seiner Mitglieder aus irgend welchem Grunde — von dem er selbst die meiste Zeit keine Ahnung hat! — zuergehen in jede Möglichkeit der Verteidigung oder Rechtfertigung einfach entzogen. Einseitig urteilt und richtet der Nachweis über ihn. Mit unforgäbbarer Wucht wird er sogar selbst dazu gezwungen — ohne daß er es weiß, natürlich! —, das Urteil, das sein Schicksal auf dem Arbeitsmarkte besiegelt, persönlich dem Nachweisebureau einzuliefern. Ein Strich, ein harmlos erscheinender Stempelausdruck betretieren für ihn Zeit- oder Nichtsein. Und der Beurteiler erfährt nie etwas von den Gründen. Die Nachweisebeamten dürfen alles eher, als ihm die Wahrheit sagen!

So erscheint der Nachweis als eine wahre Brutstätte für Hinterlist, Lüge und Entstellung. Das trifft namentlich auch zu, insoweit als die Verheimlichung der Folgen der einseitigen Vermittlung in Frage kommt. Vor willkürlicher Fälschung und Entstellung, ja Fälschung von Statistiken schreckt man nicht zurück, um nicht die ungeheure Schädigung des Arbeitsmarktes durch die Tätigkeit des Nachweises selbst dokumentieren zu müssen.

Diese Schädigung ist begreiflicherweise eine ganz enorme. Ihren besonders augenfälligen Ausdruck findet sie in der benutzten Herbeiführung einer Arbeitslosigkeit in Permanenz, die gegenüber der durch Wirtschaftskrisen herbeigeführten noch den unermesslichen Nachteil hat, daß sie ihre Opfer, die sich maßlos dem Verhängnis überantwortet sehen, den radikalsten Bestrebungen förmlich in die Arme treiben muß.

Wir müssen uns hier mit Andeutungen des in der Schrift gebotenen Materials begnügen und im übrigen auf diese selbst verweisen. Die einseitige, zwangsmäßige Einrichtung des Hamburger Systems muß nicht unbedingt zu Mißbräuchen der geltend gemachten Art führen, sie kann es aber und wird es in der Mehrzahl der Fälle auch tun. Und dann rechtfertigt es sich durchaus, die Mannheimer Vorgänge als das Produkt einer Entwicklung zu betrachten, die eben jetzt im vollen Fluß befindlich ist. Die Vorzüge des Verbandes hiesiger Metallindustrieller und des Zechenverbandes sind nur besonders hervorzuheben. Wieder einer Kette, die, von den Vertretern der schärferen Richtung in den Arbeitgeberverbänden geschmiedet, sich langsam um eine ganze Arbeitererschaft schlingen soll — wenn dem Bestreben nicht augenblicklich Einhalt geboten wird. Keinen Augenblick zu früh ist es dazu! Der Zweck der engeren Koalition der Arbeitgeber steht vor der Verwirklichung. Mit besonderem Nachdruck werden alle einschlägigen Vorgänge im Lichte der vor kurzem beschlossenen rareren Zentralisation in den Vereinigungen der Arbeitgebervereinigungen beleuchtet, wie es ausfallenderweise bisher in den Presseberichterungen noch kaum geschehen ist. Von diesem Hintergrunde, der kein Produkt des bloßen Schreckens, sondern einer eingehenden Betrachtung der bestehenden Verhältnisse ist, heben sich die Bestrebungen der Arbeitgeber erst in rechter Befassung ab und lassen sie ein sofortiges Eingreifen der maßgebenden Faktoren als im Interesse des ganzen gewerblichen und sozialen Lebens unbedingt geboten erscheinen.

So kommt die Schrift zu dem Schlusse der unumgänglichen Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung. Daran hat, wie dargelegt wird, auch die Allgemeinheit ein sehr großes Interesse, und auch sie wird daher zur Mitwirkung aufgefordert, namentlich auch ein Blick auf die enge Verbindung von Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge zu werfen. Der Weg einer solchen Regelung ist längst durch die Verhältnisse offengelegt und weist unüberkennbar auf die paritätische Regelung dieser Frage hin. Und die Praxis beweist die Gangbarkeit dieses Weges und die vorzüglichen, dem Frieden dienenden Ergebnisse, die zu erhoffen sind, wenn die Regierung in diesem Sinne eingreift. Es bedarf vorerst nur des zweckentsprechenden Ausbaues bereits bestehender Einrichtungen.

Möge das Schriftchen, das einen Mahnruf erschallen lassen will, dazu beitragen, daß eine friedliche Lösung gefunden wird, noch ehe es zu spät ist!

Die Durchführung des Kinderschutzgesetzes nach den Berichten der württembergischen Gewerbeinspektion.

(Schluß.)

Kurzschichtigkeit seitens der Eltern, Gewissenlosigkeit und Rücksichtslosigkeit der Unternehmer und manchmal auch große materielle Not treiben noch immer viele Kinder zu einer gewerblichen Beschäftigung. Man trifft Kinder in den verschiedenen Altersklassen bei den verschiedensten Arbeiten an. Am häufigsten als Botengänger in der Hausindustrie, aber auch in vielen anderen gewerblichen Beschäftigungen. In einer großen Ziegelei wurde ein junger, noch nicht 13 Jahre alter Knabe angetroffen, der täglich 10 Stunden arbeiten mußte. In einer kleinen Gerberei wurden vier schulpflichtige Knaben, darunter ein zehnjähriger, zur Herstellung sogenannter Lohstape verwendet. Während der Schulpflichtigen arbeiteten die armen Geschöpfe angeblich von 7 Uhr morgens bis 9 Uhr abends, mit Unterbrechung durch eine Pause von zwei Stunden. Die tägliche Beschäftigungsdauer dieser Kinder betrug also 12 Stunden, eine Arbeitszeit, die selbst einen ausgewachsenen, kräftigen Menschen körperlich ruinieren muß. An Schultagen arbeiteten sie von 5 bis 7 oder 9 Uhr abends. Jeder der Knaben vermochte pro Tag etwa 500 Lohstape anzufertigen und bekam für je 100 Stück 20 Pfennige. In einer Kundennühle wurde ein schulpflichtiger Knabe jeden Nachmittag mit Ausschleifen und Reinigungsarbeiten beschäftigt. Einen traurigen Beweis elterlicher Kurzschichtigkeit — um keinen härteren Ausdruck zu gebrauchen — lieferte ein Ziegeleimeister, der seine eigenen Kinder jeden Tag nach dem Schulunterricht mit Ziegeltragen beschäftigt, was die Kinder derart ermüdete, daß sie morgens im Unterricht wiederholt einschließen. Die sofort vorgenommene Untersuchung führte zu keinem Ergebnis, da der Vater seine Kinder kurz vor der Revision in den Wald geschickt hatte. Staltnische Mädchen wurden auf Ziegeleien jeden Tag 10 bis 11 Stunden beschäftigt. Ueberhaupt findet sich eine Mißachtung der gesetzlichen Bestimmungen seitens der Ziegeleien sehr häufig vor.

Aber auch andere Erwerbszweige fehlen nicht. In Fabriken der Textilindustrie sind wiederholt Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz vorgekommen. Einen markanten Fall wollen wir anführen, der zugleich zeigt, wie manchmal Ausländer seitens gewissenloser Unternehmer ausgenutzt werden.

Bei der Revision einer großen Kammgarnspinnerei fiel der Beamten eine Anzahl kleiner Italienerinnen auf, die nach ihrer Schätzung unmöglich das für die Beschäftigung in Fabriken notwendige Alter haben konnten. Auf Befragen wußte die Mehrzahl, weil Analphabeten, ihr Alter gar nicht anzugeben, andere sagten, daß sie 14 Jahre alt seien. Die Firma erklärte, sie müsse sich auf die Angaben der Väter stützen.

da in den Wäfen meistens nur das Alter angegeben ist, nicht aber auch das Geburtsdatum. Wie sich später herausstellte, hatte die Firma nicht die Wahrheit gesagt. Kurze Zeit nachher bekam nämlich die Beamtin von einwandfreier Seite die Namen und Geburtsdaten einer Anzahl italienischer Kinder im Alter von 11-13 Jahren, die in der angeführten Spinnerei täglich 10 Stunden beschäftigt sein sollten. Die weitere Untersuchung war ergebnislos, da die Firma einem Eingreifen der Beamtin zuvorgekommen war und die Kinder entlassen hatte, angeblich, weil ihr bezüglich des Alters Verdanken aufgeflogen seien. Es stellte sich heraus, daß sämtliche Mädchen unter 14 Jahre alt waren und täglich volle 10 Stunden beschäftigt wurden. Die Firma verwendete bereits mehrere Jahre eine größere Anzahl solcher Kinder unter denselben Bedingungen. Man sieht hieraus auch, wie lag vielfach Polizeibehörden in der Ausübung ihrer diesbezüglichen Pflichten sind. Die Beamtin stellte gegen die Firma Strafantrag und es erfolgte eine Verurteilung zu 40 Mk. Geldbuße, für diesen Fall eine lächerlich geringe Sühne.

Mit Steinklopfen wurden bei 12 Revisionen 30 Kinder angetroffen, in einem Falle geschah diese schwere und ungeliebte Arbeit für eine Korporations-Fabrik, also für eine öffentliche Behörde. Von den Beamtinnen wurden im ganzen 918 Kinder, darunter 658 weibliche, beschäftigt angetroffen. 208 eigene und 24 fremde Kinder wurden in jugendlichem Alter, d. h. unter 10 bzw. 12 Jahren, zu gewerblicher Tätigkeit herangezogen. 45 Kinder arbeiteten schon vor 8 Uhr morgens und 177 noch nach 8 Uhr abends, darunter eine große Anzahl bis 9 und 10 Uhr, einige sogar bis 12 Uhr nachts. Von den 232 geschäftig beschäftigten Kindern fanden 2/3 im Alter von 8-9, 1/3 im Alter von 5-8 Jahren. Im ganzen wurden 148 Strafen wegen Verletzungen gegen das Kinderchutzgesetz verfügt. Von einer zahlenmäßigen Feststellung der Zuwiderhandlungen gegen die Einhaltung der vorgeschriebenen Pausen wurde abgesehen, da fast allen Kindern wieder die zweistündige Mittagspause noch die einständige Pause nach dem Schulunterricht gewährt wurde.

Die schlimmsten Auswüchse zeitigt die Kinderbeschäftigung in der Hausindustrie. Die Aufhebung dieser Heimindustrie ist außerordentlich schwierig, nicht zuletzt infolge der Nachlässigkeit der Ortsbehörden, wie schon in dem vorigen Artikel gesagt wurde.

Die Namen der hausindustriell beschäftigten Kinder mußten sich die Beamtinnen in der Regel selbst auftragen eine Weise, z. B. durch Erläuterung von Mittelstücken der Heimarbeit in Fabriken, durch Befragen von Kindern in der Schule, auf der Straße usw., zu verschaffen wissen. Selten zeigte sich die Ortsbehörde in dieser Hinsicht orientiert. Die Heimbetriebe, in welchen nur eigene Kinder beschäftigt waren, wurden unseren Erfahrungen nach von keiner Ortspolizeibehörde einer Revision unterzogen.

So in dem Bericht. Und weiter: „Im allgemeinen wurde auch bezüglich der Beschäftigung fremder Kinder ein tätigeres Eingreifen der Ortspolizeibehörde — ausgenommen die größeren Oberamtsstädte — nicht wahrgenommen. Strafanträge morgens vor der Schule, Betrugsanträgen durch zu junge Leute oder während der Mittagspause kam vor, ohne daß die Polizeibehörde darauf acht hatte, obwohl die Anträger ja täglich auf der Straße anzutreffen waren. Ebenso wurden durch die Beamtinnen einige Regelungen ermittelt, die erst 9-10 und 12 Jahre alt und an manchen Nachmittagen bis 9 und 10 Uhr nachts, Sonntags den ganzen Nachmittag bis spät in die Nacht hinein beschäftigt waren.“

In der Wärfabrikation wurden 12-13-jährige Knaben mit Einziehen der Fasern durch die durchlöcherzten Holzteile beschäftigt, eine Arbeit, die Kraft und Gewandtheit erfordert und Hände und Arme anstrengt. Infolge des bei der Bearbeitung der Fasern entstehenden Staubes erscheint diese Arbeit in gesundheitlicher Beziehung bedenklich, insbesondere in den oft angetroffenen engen Wohnungen.

Bei der Färberei für den Sammerhandel wurden Kinder angetroffen, die in der Regel im Winter bis 9, 10 und 11 Uhr nachts arbeiten mußten. In einigen Heimbetrieben wurden Kinder mit dem Sortieren von Kugeln für eine Drahtspinnfabrik verwendet. Für die Pforzheimer Bijouteriefabriken sind vor 1-2 Jahren Kinder bis in die Nacht hinein zur Beihilfe beim Kettenmachen verwendet worden.

Im allgemeinen war in dem Berichtsjahre eine Abnahme der Kinderarbeit zu verzeichnen, einmal durch den schlechten Geschäftsgang und andererseits durch eine weitere Ausnutzung der Maschinen, die manche Haus- und Handarbeit und damit auch Kinderarbeit unnötig machte. Das gilt namentlich für die Tricot- und Konfektionsbranche. Immerhin war auch im vergangenen Jahre die Beschäftigung der Kinder in der Textilindustrie, die vorwiegend im Abziehen und Anhäkeln von Kinderkleidern sowie in der Beihilfe zur Tricotarbeit besteht, noch eine überaus große. Die häufigsten Gesetzesverstöße, namentlich in Bezug auf die Beschäftigung der Kinder in zu jugendlichem Alter, sind gerade bei diesen Arbeiten und in der Endschuhmacherei zu beobachten.

Auch ihre Beobachtungen in Bezug auf die Einwirkung der Kinderarbeit auf die geistige und körperliche Entwicklung des Kindes geben die Beamtinnen wieder. „Das Bearbeiten von gläsernen Metallgegenständen jährt die Sehkraft, die mit der Entzweiung von Staub verbundene Beschäftigung — Endschuhmacherei, Tricotarbeit, Häkchenmachen usw. — jährt die Atmungsorgane. Auch eine an sich nicht unzureichende Beschäftigung kann und muß auf die künftlichen Organismus auf die Dauer schädlich wirken, wenn sie unter den in der Hausindustrie üblichen Verhältnissen vorgenommen wird. Deutliche, niedere, unansehnliche, zuweilen leuchtende Behausungen — Wohn- und Schlafkammer, Küche, Werkstätte, alles in einem Raum, der im Winter der Heizperiode wegen nur selten gelüftet wird — sind ja allzuoft während einer überlangen Arbeitszeit der Aufenthalt der beschäftigten Kinder.“ Auch bedingen die meisten Arbeiten ein langes Sitzen, zuweilen in gebückter Stellung, ein überhöhtes Sitzen, immer bei gleichem, sich wiederholenden Bewegungen der Arme und Hände, in manchen Fällen des ganzen Oberkörpers, Bewegungen, die bei der geringen Beschäftigung des Herabkommens auszuführen werden

müssen. Wie häufig und angestrengt Kinder arbeiten müssen, davon einige Beispiele.

8-10 jährige Kinder fertigen an einem freien Nachmittage und Abend je 2-5 Paar Endschuhe zu 4-5 Pfennig; 10-13 jährige Kinder je 4-8 Paar an; das Umhäkeln von 4-12 Kinderkleidern, das Dügnen zu 20-25 Pfennig, ist die tägliche Arbeitsleistung mancher Kinder nach 4-5 stündigem Schulunterricht. Auch bringen es zuweilen Kinder fertig, an einem Dutzend Tricothemden je 5 Knöpfe, also 60 Knöpfe in 1 1/2 Stunden anzuhäkeln; der Verdienst hierfür beträgt 5-7 Pfennig.

Manche Kinder, insbesondere diejenigen ganz armer Eltern, dürfen ihre Arbeitsplätze erst dann verlassen und sich im Freien bewegen, wenn sie ihr Arbeitspensum erledigt haben. Dies hat zur Folge, daß die Kinder sofort nach Schul- und Hausarbeit gehen und fast stierhaft arbeiten. Es begegnete den Beamtinnen, daß Kinder Nöte und Antwort gaben, ohne von der Arbeit aufzuheben oder die Hände ruhen zu lassen.

Ein weiterer ungünstig wirkender Umstand ist die oft ungenügende oder wenig kräftige Ernährung der Kinder. Die Lungentuberkulose gehört daher nicht zu den Seltenheiten unter der heimarbeitenden Bevölkerung. Auch ist es kein Wunder, wenn solche gewerblich beschäftigten Kinder nach Auslage verschiedener, in Orten mit umfangreicher Hausindustrie tätigen Lehrern matten Wesens, Stumpfheit und Intellektlosigkeit zeigen und dem einfachsten Schulunterricht, namentlich im Rechnen, nicht zu folgen vermögen. Zu Hause machen diese Kinder ihre Schularbeit erst dann, wenn die Gewerbsarbeit getan ist; wie diese unter solchen Umständen ausfallen muß, läßt sich denken.

Ueber den sittlichen Einfluß der gewerblichen Kinderarbeit haben die Beamtinnen besondere Beobachtungen gemacht. Doch heißt es in den Berichten, daß sich im allgemeinen wohl sagen ließe, daß da, wo das Maß von Arbeit und Entbehrung zu groß ist, sich eine entzweifelnde Wirkung geltend macht. Von einer durchgreifenden Wohnungsfürsorge und von Tarifverträgen für die Hausindustrie versprechen sich die Beamtinnen viel.

Die Ursachen der Kinderarbeit haben wir bereits genannt. Die Beamtinnen in Württemberg sind der Meinung, daß etwa bei einem Drittel der geschäftig beschäftigten Kinder die Lage der Eltern nicht so ist, daß sie eine Kinderbeschäftigung notwendig macht. Bei vielen aber, und damit berührt der Bericht eine tiefe soziale Wunde, triebe die Not zur Einjannung der Kinder. Wie so manchmal ist der Vater kranklich oder die Mutter Witwe, so daß auf den bestehenden Mehrerwerb der Kinder einfach nicht verzichtet werden kann. Aber selbst in dem günstigen Falle, daß der Familienvorstand noch rühlig und arbeitsfähig ist, kann, wenn die Familie zahlreich ist, der durchschnittliche tägliche Arbeitsverdienst von 2,50-3,00 Mk. zur Ernährung, Kleidung usw. nicht ausreichen; die Mutter hat mit der Instandhaltung des Hauswesens genug zu tun, und so müssen die Kinder zu verfrähter Erwerbstätigkeit greifen. Manche Familienäter haben zudem noch gar nicht immer Beschäftigung. In solchen Fällen stellt die Beamtin ratlos da, wenn sie dem Kinderchutzgesetz Eingang verschaffen soll.

Und doch lehren die Beobachtungen und Erfahrungen bei der Ueberwachung des Kinderchutzgesetzes, daß dessen strenge Durchführung eine soziale Notwendigkeit ist im Interesse der kommenden Generation.

Die Färbereibewegung in Krefeld.

Was vorauszu sehen war, ist gekommen: Die hiesigen Führer des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter haben in ihrer Presse den Auszug der Färbereibewegung lediglich als einen Erfolg ihrer Verbandes hinzustellen. Er, der „Starke“, hat alles gemacht, er allein und niemand anders. In dieser phrasenhaften und großsprecherischen Weise gefassten die Genossenschaftler sich in der roten Presse. Es geht nur noch ein Denkmal. Und die Christen! Die waren „bedeutungslos“, sie sind „um nichts befragt“ worden, nein, alles Gute ist nur vom „wahren Jakob“ gekommen. Aber, Eigenlob rinkt und in Krefeld ist die Luft verpestet. — Wir wollen deshalb eine Reinigungsstour vornehmen.

Wir meinen, daß auf Grund des Stärkeverhältnisses der inbetracht kommenden Organisationen der sozialdemokratische Verband in erster Linie verpflichtet war, die Initiative zur Verbesserung der Lage der Färberei zu ergreifen. Ob er dies aber getan haben würde, wenn nicht die christliche Organisation bzw. deren Vertreter, sowie die Färbereiführer wie eine treibende Kraft ihn vorwärts gedrängt hätten? Wir wagen es zu bezweifeln. Hätten wir doch Gelegenheit zu hören, daß sozialdemokratische Dr. ... äherte offen ausgesprochen, es sei gut, daß der christliche Verband dahinter rede, ja, daß nichts geschehen für die Färberei. Darum denn, wenn die sozialdemokratischen Führer ihm gedrängt, daß die Auszubildenden und Vertreter unseres Verbandes den Verhandlungen fernzuhalten? Kom, sie fürchten eben, daß wir das Interesse der Färberei entschieden vertreten würden, als man sich sich und so den Präferenzen auf den sozialdemokratischen Verband und den Verhandlungen auf unsere Organisation ein Kiesel vorgeschoben würde. Die jetzt beendigte Färbereibewegung hat nämlich eine für den „deutschen“ Verband wenig rühmliche Vorgeschichte. Den sehr beweglichen Klagen der Färberei stand eine sehr schlappes Haltung des „deutschen“ Verbandes gegenüber. Es ist ein offenes Geheimnis in Krefeld, daß die Färberei auf eigene Faust einen Kampf aufgenommen haben würden, wenn ihr Verband nicht eingegriffen hätte. Dieser alte „Nigipin“, er war nicht der Führer, sondern der Geschäftsführer. Die Färberei machte die Bewegung und führten sie auch zu Ende. Der „starke Mann“ machte es dann zum Gesicht dabei und tat nach außen, als ob er alles machte. Aber bei den Verhandlungen fanden wir befristet, daß er am „Starke“ unerschütterlich ist. Sein oberster Herr, Hüblich-Berlin, betreibt nämlich den Arbeiterbewegung gegenüber, als die die sozialdemokratischen Verband bzw. dessen Führer als Stim-

mungsmacher und Macher der Bewegung hinstellen, hoch und teuer, er habe die von seinen Arbeiter ihm gegenüber gemachten Klagen und Forderungen ruhig angehört ohne denselben auch nur ein Wort zu sagen oder zuzuhören.

Aber auch der Vertreter v. d. Berg schüttete sein Herz aus, er legte dar, daß er versucht habe, die Färberei zur Annahme des Prämienystems zu bewegen, aber diese hätten abgelehnt und auch bezüglich der ersten Zugeständnisse für Schwarzfärberei an ihren Forderungen festgehalten. Auch befristete er, daß der Vorwurf der Arbeitgeber betr. des Previsionsmittels durch Ueberstundenverbot nicht vom „deutschen“ Verbande, sondern von den Färbereien ausgegangen sei. Diese Unschuldsbeteuerungen aus dem Munde der maßgebend sein wollenden Arbeiterführer waren geradezu frappierend. Es konnte jetzt kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß nicht der sozialdemokratische Verband mit seinen „Führern“, sondern die Färberei die Bewegung führten. Zweifellos ist auch den Arbeitgebern klar geworden, daß sie nicht mit dem sozialdemokratischen Verband, sondern mit den Färbereien als Führer der Bewegung zu rechnen hätten, die unter Umständen auf eigene Faust vorgehen würden, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt würden. Dieser Umstand ist es auch, der das Resultat der Bewegung mit herbeiführte. Die Färberei wollten sich eben nicht länger vom roten Verbande foppen lassen und die Arbeitgeber, mit Aufträgen überhäuft, gaben nach.

Es ist vorstellend gezeigt worden, daß der sozialdemokratische Verband ein Denkmal nicht verdient hat, so wollen wir in folgendem zeigen, welche eine wenig rühmliche Rolle seine Vertreter während der Bewegung gespielt haben.

Zuerst mal die Taktik gegenüber andern Organisationen. In Provokationen haben sie es nicht fehlen lassen. Diesbezüglich verweisen wir auf die früheren Berichte. Man versuchte, unsern Verband in einen Gegensatz zur Bewegung zu bringen. Einseitige Arbeiter sind der Ansicht, dieses sei gegeben, um die Bewegung unmöglich zu machen und dabei die Christlichen als Sündenböcke hinzustellen. Kurz und gut, es wurde alles aufboten, damit wir „nicht dabei sein“ sollten. Das Gegenteil wurde jedoch erreicht. Als wir einsahen, daß die sozialdemokratischen Führer die Zersplitterung unter allen Umständen wollten, da erst reichlich einen Lohnstarke ein und nahmen selbstständig Stellung, wählten allen Verhandlungen bei und schloffen den Lohnstarke mit ab. Dies haben wir für die Färberei getan, ohne die Genossenschaftler zu fragen. Letztere mußten schließlich einsehen, daß ihre Wünsche, die Christlichen auszuscheiden, zu schanden wurden, und daß sie es sich gefallen lassen mußten, daß die Christlichen in entschiedener Weise die Interessen der Färberei vertraten. Es war uns so möglich, den Genossenschaftlern das Gewissen zu scharfen, indem ihnen in der Interessensvertretung der Färberei kräftig nachgeholfen wurde. Schon von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ergibt sich, daß die Tätigkeit unseres Verbandes bzw. dessen Vertreter für den Erfolg der Färberei von erheblicher Bedeutung gewesen ist. Dieses soll im nachstehenden an einigen Beispielen gezeigt werden: Beginnend mit der Lohnstarke.

Für diese war von 21 Jahren ab R. 30 gefordert worden. Die Arbeitgeber schlugen ein Prämienystem vor, wonach 1 R. Lohnstarke garantiert wurde, jedoch auch noch ein Mehrerwerb über diese 1 Mark durch Zuschläge für Kilo und Partie erreicht werden konnte. Von christlicher Seite wurde sofort dieses System als Prämienystem entschieden bekämpft. Die Genossenschaftler mußten, um sich nicht zu blamieren, ebenfalls dagegen sprechen. Aber es zeigte sich bald, daß ihre Opposition Theater war. Nachdem von Arbeitgeberseite dieses sogenannte Zuschlagsystem nochmals erklärt worden war, erklärte der Genosse Schlünkes dieses für annehmbar; und er wurde vom Vertreter v. d. Berg sekundiert. Es fehlte nur noch die Zustimmung der Färberei. Diese waren bereitwillig genug, abzugeben, trotzdem die sozialdemokratischen Führer, wie sie bei der folgenden Verhandlung den Arbeitgebern mitteilten, versucht hatten, die Färberei zur Annahme zu bewegen. Nebenbei gesagt, haben unsere Vertreter in einer Versammlung den Färbereien davon abgeraten, dieses System anzunehmen.

Jedoch in der zweiten Verhandlung passierte es, daß trotz Ablehnung von Seiten der Färberei, die Genossen versuchten, den Arbeitgebern ein Mittel an die Hand zu geben, um das Prämienystem zur Durchführung zu bringen. Nachdem man sich des längeren gestritten und überlegt hatte, wie der Widerstand der Färberei gegen das System zu brechen sei, machte ein Arbeitgeber den Vorschlag, daselbe ein Jahr probeweise einzuführen; nach diesem Jahre sollen dann die Parteien frei entscheiden, ob es weiterbestehen solle oder nicht. Nach diesem Vorschlage hätte also nach einem Jahr Probezeit das Prämienystem, wenn es den Färbereien nicht gefiel, abgelehnt werden können. Jetzt geschah etwas merkwürdiges: der Genosse Overbit machte folgenden Vorschlag:

Es solle das Prämienystem eingeführt werden, jedoch sollten die Arbeitgeber nur eine Mark Prämie pro Kilo anzulassen, was aber eine Mark damit verdient würde, solle den Arbeitern am Schlusse des Jahres durch eine Aufstellung gezeigt, aber nicht ausbezahlt werden. Overbit legte die Hoffnung, daß es so möglich sein könnte, die Färberei zur Annahme des Mehrerwerbs zu bewegen.

Desgleichen war auch Genosse Schlünkes und der Vertreter v. d. Berg der Meinung, daß durch Annahme dieses Vorschlages die Arbeiter wohl zustimmen würden.

Also die Einführung des Prämienystems wollten diese Vertreter, nur fürchteten sie den Widerstand der Färberei, deshalb gaben sie den Unternehmern die mehr als merkwürdigen Fingerzeige, wie sie den Widerstand der Arbeiter brechen könnten. Die Arbeitgeber zeigten sich geneigt, darauf einzugehen, tornen jedoch die Logik der sozialdemokratischen Vertreter nicht verstehen, die das System wollten, jedoch das über die garantierte eine Mark erzielte Mehrerwerb zum Schaden der Färberei für ein Jahr ablehnten. Auch Kollege Besch war der Meinung, daß, wenn man das Prämienystem doch zur Einführung bringen wollte, so solle man auch schon für das erste Jahr den Mehrerwerb den Arbeitern nicht vorenthalten, es sei eben nicht zu verstehen, warum dieses geschehen solle.

Wir haben im obigen das Prämienystem entschieden bekämpft. Auch eine Ausfüh-

führung der Färberei des sozialdemokratischen Verbandes machte alle Bestrebungen ihrer Vertreter zunichte, sie lehnte das Prämienystem entschieden ab. Damit war den Führern das Handwerk gelegt. Was sie durch ihr Verhalten erzielte haben ist, daß die Arbeitgeber sich bezgl. Prämienystem weiteres vorbehalten haben. Dafür können sie sich bei den sozialdemokratischen Vertretern bedanken. (Fortsetzung in nächster Nummer.)

Zur Arbeitslosenstatistik.

Die Erfahrungen, welche wir in der letzten Zeit mit der Berichterstattung zur Arbeitslosen-Statistik innerhalb unseres Verbandes gemacht haben, nötigen uns, das Interesse für diese Statistik in unserem Organ erneut wachzurufen. Gibt es doch noch eine ganze Reihe von Ortsgruppen, die mit unverständlicher Resignation über die Mahnungen zur Berichterstattung seitens der Zentrale hinweggehen und die ihnen wiederholt zugehenden Aufforderungen nicht beachten oder wenigstens nicht zu beachten scheinen. Im letzten (3. Quartal) haben folgende Ortsgruppen die Berichterstattungsarten trotz wiederholter Mahnung nicht eingesandt:

Bergneustadt, Beuel, Blombacherbach, Dingelstädt, Dülmen, Freiburg i. B., Geldern, Gieboldshausen, Göggingen, Hilden, Jüchen, Nevelge, Northorn, Siegburg, Sorau.

Es ist nicht zu verstehen, wie man einer so wichtigen Sache derart flegelhaft und teilnahmslos gegenüberstehen kann. Mein im vergangenen Quartal hat unser Verband über 10000 Mark an Arbeitslosen-Unterstützung bezahlt; insgesamt waren 1865 Verbandmitglieder 15600 Tage arbeitslos. Daraus ersehen wir, wie bedeutend die Arbeitslosenfrage in unserem Gewerbe ist und wie gerade wir am meisten Veranlassung haben, diese Frage mit äußerster Aufmerksamkeit zu verfolgen. Dazu leben wir gegenwärtig in einer Zeit, wo Gemeinde und Staat auf Mittel und Wege sinnen, wie der Arbeitslosigkeit und der durch sie hervorgerufenen Not gesteuert werden kann. Gerade in unserem Interesse als Arbeiter liegt es, dafür zu sorgen, daß durch möglichst genaue Statistiken die Öffentlichkeit über den Umfang der Arbeitslosigkeit in Kenntnis gesetzt werde, sonst werden wir es immer mehr erleben, daß die Arbeitgeber das Bestehen einer Arbeitslosigkeit überhaupt ableugnen bzw. bezweifeln, wodurch dann die kommunale und staatliche Fürsorge nicht nur erschwert, sondern auch zum Teil zurückgehalten werden kann. Je mehr wir auf den Umfang der Arbeitslosigkeit hinweisen können, um so eher werden Staat und Kommune bereit sein, helfend einzuwirken. Dieser Hinweis wird wohl genügen, die Säumnigen für die Zukunft auszurufen.

In den nächsten Tagen geht den Ortsgruppen-Vorständen bzw. den Berichterstattern das Material für das Jahr 1910 zu (teilweise ist der Versand schon erfolgt). Im vergangenen Jahr haben wir die Erfahrung gemacht, daß sehr viele Ortsgruppen Berichterstattungsarten nachverlangt haben, wir möchten daher an dieser Stelle ausdrücklich betonen, daß das jetzt zugeandene Material, vor allem die Berichtarten, für das ganze Jahr berechnet ist (insgesamt fünf Stück; für jedes Quartal eine und eine Ersatzkarte).

Seitens des Kaiserlichen Statistischen Amtes steht uns nur eine beschränkte Anzahl dieser Karten zur Verfügung. Nachforderungen können nur in äußerst geringer Anzahl Berücksichtigung finden. Wir ersuchen daher die Kollegen, mit dem Kartenmaterial sehr sparsam umgehen zu wollen.

In den seitherigen Erhebungslisten (weiss) ist inwiefern eine kleine Veränderung eingetreten, als wir dieselben gegen früher bedeutend vereinfacht und mit den in unserem Verband bestehenden Aufrechnungslisten vereinigt haben. Dadurch ist für die Kassierer eine kleine Erleichterung geschaffen worden. Es mögen hier einige Beispiele folgen, wie diese Aufrechnungs- und Erhebungslisten zu handhaben sind.

Table with 4 columns: Ort, Quartal, Anzahl, Betrag. Includes sub-tables for 'Vierteljährliche Aufrechnungs- und Erhebungsliste' and 'über ausgegabene Arbeitslosenunterstützung und für die Arbeitslosen-Statistik'. Lists names like Johann Lang, Rosa Hipp, Anna Schwanz, Hermann Müller, Heinrich Weber.

Dabei ist zu beachten, daß auch alle diejenigen Kollegen und Kolleginnen in diesen Listen aufgeführt werden (und zwar bis zu April 9), die noch nicht unterstützungsberechtigt sind. Diese Erhebungslisten sind so einfach und leicht verständlich gehalten, daß sie bei den Kollegen wohl auf keine Schwierigkeiten stoßen werden, wo solche aber doch noch zutage treten, werde man sich an die Zentrale.

Zum Schlusse richten wir die Mahnung an alle unsere Mitglieder, in ihren Ortsgruppen darauf zu drängen, daß die Arbeitslosen-Statistik auch pünktlich und gewissenhaft geführt wird. Wir werden es

Zukunft jedesmal am Schlusse des Quartals die- jenigen Ortsgruppen in unierem Organ veröffent- lichen, die eine Berichterstattung nicht eingesandt haben. Sorge jeder Vorstand dafür, daß seine Gruppe nicht in dieser Liste steht.

„Aufklärungsarbeit“ der Genossen.

Von einem Mitgliede und eifrigen Lejer unseres Verbandorgans wird uns geschrieben: Der Restriktion eines jeden Artikels, einer jeden Zeile der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse lautet in den letzten Monaten: Daran sind die von dem „schwarzen-blauen“ Blod bewilligten, unerschwinglichen volksverräterischen Steuern schuld. Die „famosen“ Arbeitervertreter haben dies und das verbochen usw. In allen Variationen, ob Vogil dahinter steht oder nicht, wird dieser widerliche Sermon wiederholt. Nun, diese Methode ist nicht mehr neu und auch den Zweck der Uebung kennt man zur Genüge. Genau denselben Ton mit dem „burchtlos“ oder „faßig“ sein sollenden Stil schlägt die sozialdemokratische Presse bei den Besprechungen immer an, wenn es sich um eine Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften handelt. Man ist in dieser Hinsicht heute schon viel zu gewohnt, geistlos und oft recht ungebildetes Zeug. Es mag vielleicht vom Standpunkt der „Genossen“ Moral richtig sein, daß der größte Praxelbruder und Schimpfapostel bei der urteilslosen Waise die meiste Beachtung findet. Nun, die sozialdemokratischen Lejer müssen wissen, ob sie eine solche Kost vertragen können. Sie sind ja nicht verwöhnt durch gute, gesunde geistige Nahrung.

Was sich oftmals die sozialdemokratische Presse in ordinärer und geistloser Schreibweise leistet, beweisen wohl am schlagendsten die Nummern 43, 44 und 45 des „Textilarbeiter“; Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, des Verbandes, dessen Klassen- und Mitgliederverhältnisse so überaus schlecht sind. Gerade wegen der letzteren, allerdings unangenehmen Feststellung ist das Blatt in förmliche Majerei verfallen, die geeignet ist, gemeingefährlich zu wirken. Die Artikel unter der geschmackvollen Ueberschrift: „Wie sich Tautschen Schwachkopf, das Großmaul, blamiert“ sind wohl das blödsinnigste und geistessärmste Pro- dukt, was ich je zu Gesicht bekommen habe.

Jeder einigermaßen gebildete und denkende Ar- beiter, gleichviel welcher Richtung angehörend, muß sich doch topfschüttelnd fragen, ob so was die richtige Kampfmethode oder eine sachliche Entgegnung ist. Ach, wer zu einer derartigen Form der Ent- gegnung und Abwehr greifen muß, weiß nichts und ist unfähig, die Feder zu führen und noch weniger in der Lage, Arbeiter zu führen. Das mögen aber die sozialdemokratischen Mitglieder selbst beurteilen und entscheiden. Dieser Ton in den Artikeln hat mich einfach angewidert und jeder andere, es braucht nicht einmal ein „Kleffet“ zu sein, muß dasselbe Empfinden haben, d. h. wenn er Bildung und Anstand höher schätzt, als ein räpelhaftes Benehmen. Und das ist nicht viel verlangt. Also so „bildet“ der „Textilarbeiter“ seine Mitglieder und „kärt sie auf“. Hier könnten die „Rhein-Zeitung“, „Leipz. Volksztg.“, „Zimmerer“, „Grundstein“ u. noch was lernen. Ich wäre geneigt, eine Anzahl Kraftausdrücke hier wieder zu geben, aber nein — wir wollen die Spalten nicht verunreinigen und unseren Kollegen nicht den Appetit am Leben verderben.

Ich begreife nur nicht, wie die sozialdemokratischen Kollegen sich einen solchen Ton gefallen lassen können. Sie haben doch nicht ausschließlich ihre Bildung aus dem „Textilarbeiter“? Dann allerdings...

Nun aber eine andere Frage. Die Arbeiter- organisationen und vor allem ihre Führer haben doch wohl in erster Linie die Pflicht, praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten, die Mitglieder gewerkschaftlich zu schulen, damit sie im wirtschaft- lichen Kampfe ihre Aufgaben auch erfüllen können. Ferner ist es unerlässlich, daß die geistige Bildung — und nicht zuletzt ist das bei den Textilarbeitern sehr notwendig — gefördert wird, um auch die Grundlage für materielle Erfolge zu schaffen. Hand in Hand mit der geistigen, schreitet auch die materielle Emporentwicklung. Die wichtigste Vorbereitungs- und Mitarbeiterin dieses Bestrebens ist unbestritten die Presse. Aus ihr soll man die geistigen An- regungen schöpfen. Die Presse soll den Arbeiter- massen Beraterin und Führerin sein.

Würde diese Aufgabe allgemein von der Presse erfüllt, so stände heute unsere deutsche Arbeiterschaft auf einer bedeutend höheren geistigen Stufe. Wer aber die Presse für das Gegenteil benützt, Unbildung, rohen Ton und geistige Pohtheit in die Massen zu tragen, der begeht einen unerhörten Arbeiter- und Volksverrat. Wie zeigen sich aber oft die Erfolge sozialdemokratischer Gewerkschafts- und Aufklärungs- arbeit? Wir wollen lieber hier nicht dieses traurige und beschämende Kapitel erörtern. Der „Texti- larbeiter“, kann von sich die traurige Tatsache kon- statieren, auf dem geistigen Tiefstand angelangt zu sein. Ein solcher geistloser, roher Ton schädigt nicht nur die geistigen und materiellen Bestrebungen der Mitglieder, sondern auch das Ansehen der Arbeiter- organisationen im allgemeinen. Deshalb bebauern wir nicht nur die Mitglieder dieser Organisation, die mit einer solchen Kost traktiert werden, sondern vor allen Dingen das Reputat solcher geistig tief- stehenden Kampfweise: Die dadurch geförderte Uneinigkeit, die der Arbeiterschaft wohl nie schädlicher sein kann, als gerade heute. Und der „Textilarbeiter“ kann für sich den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, nach besten Kräften dazu beigetragen zu haben.

Aus dem Verbandsgebiete.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Krefeld. Bericht über die Agitation des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Das Schauspiel, welches der sozialdemokratische Textilarbeiterverband in Form einer sogenannten großen Agitation bot, verdient einer besonderen Beachtung deshalb, weil dadurch festgestellt werden kann, ob die Textilarbeiterarbeit demselben noch Vertrauen entgegenbringt oder nicht. Die 500 Versammlungen, Hunderttausende von Flugzetteln, die Haus- sowie Fabrikagitation, dies alles was hoch, falls der rote Verband noch Anziehungskraft besitzt, seinem kranken Körper in etwa Umberung bringen durch Zustrom von neuen Kräften.

Auch in Krefeld und Umgegend waren für Montag, den 21. Oktober, und die folgenden Tage 13 öffentliche Ver- sammlungen vorgesehen mit der bekannten Tagesordnung: „Volksentrichtung, Steuerbrand und gewerkschaftlicher Kampf“. Die Propaganda für diese Versammlungen war in jeder Hinsicht groß. Mehrmalige große Instruktionen in verschiedenen Blättern, Flugzetteln, als ob es solche regnete, sowie Haus-, Fabrik- und mündliche Agitation; nach alle dem hätten die Versammlungen einer großen Verdrach der Textilarbeiterarbeit gleichen müssen. Wie war aber das Resultat der „großen Aktion“? Im Lokale „Sommerlust“, welches etwa 5-600 Personen faßt, und das in Erwartung der Dinge in heller Beleuchtung strahlte, erschienen ganze 21 Personen einschließlich Vor- stand, Referent etc. Nachdem einige Zeit verstrichen war und die Besucher immer noch nicht kamen, muß es den letzteren in den leeren Räumen unheimlich geworden sein, denn man beantragte, die Versammlung in ein kleines Zimmer zu verlegen. Es wurde aber die Parole aus- gegeben, nach dem Lokale „Eichental“ zu gehen. Doch o Graus! Auch in diesem Saale, welcher 7-800 Per- sonen faßt, konnte die Versammlung wegen Mangel an Besuchern nicht abgehalten werden. Von hier wurden die wenigen Anwesenden weitergeschickt zum Lokale Käppers- berg. In diesem kleineren Lokale brachte man es endlich auf 50-60 Personen. Weitere Versammlungen bei Schälen- berg und Vermees mußten ebenfalls ausfallen wegen Mangel an Besuchern.

Am Dienstag, den 12. Oktober, ging es nicht besser. Von den sechs vorgesehenen Versammlungen konnten nur zwei und zwar in der beschriebenen Weise stattfinden. Dabei wurden die vereint erschienenen wieder von einem Lokal zum anderen geschickt. So erst war es möglich, im Lokale Sint etwa 30-40 und im Lokale Krauß zirka 1/2 Hundert „Genossen“ zusammenzutrommeln. In St. Toni's und Bodum waren die Versammlungen eben- falls fast bedeutungslos. Alles in allem gibt uns fol- gende Aufstellung ein Bild von dem gründlichen Fiasko der roten Agitation: In den 13 inberacht gezogenen Versammlungsorten, welche zirka 3500 Personen zu fassen vermochten, erschienen nicht viel über 200 Besucher. Dabei muß berücksichtigt werden, daß sämtliche Lokale mehr oder minder in Fabrik- und Arbeitervierteln liegen.

Wie stand es mit den rednerischen Leistungen? Es waren in der Hauptsache politische Reden, natürlich im Sinne der Sozialdemokratie. Nichts neues, nur altes Zeug, wie es schon seit längerer Zeit in der sozialdemo- kratischen Presse herumspült, wurde abgelesen. Die Gewerkschaftsbewegung war anscheinend Nebensache, wie man aus folgenden Aeußerungen eines Redners hören konnte: Er sagte unter anderem, daß die Arbeiterschaft vor allem der Enigleit bedürftig, sollte ihr Ziel erreicht werden, das Geld spiele dabei weniger eine Rolle. Derselbe Redner geißelte die Teilnahmslosigkeit der kreisfelder Arbeiter wie folgt: Die Mitglieder der „freien“ Organisationen seien mehr Bierbankpolitiker, was bei den christlichen Gewerkschaften nicht der Fall sei. Allerdings vermag der Redner, zu sagen, in welcher Schule die Bierbankpolitiker herangebildet worden sind. „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.“

Um das Bild zu vervollständigen, sei noch auf den „Erfolg“ der roten Hausagitation hingewiesen. Der Vor- sitzende einer Versammlung sagte bitter über die Inter- esselosigkeit der Arbeiter, er habe vor der Hausagitation 64 der besten Agitatoren ausgesucht, um sie zur Mitarbeit zu gewinnen, es hätten jedoch nur 16 mitgetan. Geiz- falls konnten wir beobachten, daß bekannte Agitatoren, welche kaum hundert Meter von den Versammlungs- lokalen wohnen, nicht einmal in den betr. Versammlungen erschienen. Wir sehen also, daß selbst die besten nicht mehr mittan. Das unter den christlichen Verhältnissen an einen Erfolg nicht gedacht werden konnte, verliert sich am Hande.

Ein solches Resultat wird der sozialdemokratische Verband nicht ermarktet haben. Ob er nun daraus seine Lehre ziehen wird? Wir wagen es nicht zu glauben.

Eine Bezirksversammlung (Bezirk III) unserer Orts- gruppe am 17. Oktober besaß sich mit der roten Agitation. Es wurde allgemein bedauert, daß der sozialdemokratische Textilarbeiterverband solche Zustände, wie oben geschildert, durch sein ungenügend arbeiterchätzendes Treiben in der letzten Zeit geschaffen habe. Es handelte sich um ein be- wußtes Fahlschpiel, zu dem Zwecke, die Enigleit unter die Arbeiterschaft zu fäen, ohne Rücksicht darauf, ob da- durch die Interessen der Arbeiter geschädigt würden. Mit welcher Heuchelei man vorgehe, erbelle daraus, daß nach all der Beipflanzungsarbeit, die der sozialdemokratische Verband seit längerer Zeit geleistet habe, sich ein Redner den Mut faud, „Enigleit“ zu predigen. Wenn selbst die eigenen Mitglieder durch die Agitation ihres Verbandes nicht mehr beeinflusst würden, so Wonne dies noch viel weniger von den Mitgliedern unseres Verbandes an- genommen werden. Letztere ständen mehr denn je fest und treu zum christlichen Textilarbeiterverbande, der innerlich wie äußerlich gefestigt dastehet. Das Bild, welches uns der sozialdemokratische Textilarbeiterverband zeige, sei der beste Beweis dafür, wie notwendig die christlichen Gewerkschaften sind. Wollen wir, daß die Führer des roten Verbandes einsehen, daß es die höchste Zeit ist, das traurige Spiel, welches sie seit längerer Zeit gespielt haben, aufzugeben, wenn sie den Verband nicht total ins Ver- derben bringen wollen.

Krefeld-Bezirk. Am 21. November fand hier- selbst eine Mitgliederversammlung statt. Zunächst wurde vom Kassierer Bericht erstattet. In klaren Worten legte derselbe die Klassen- und Mitglieder- verhältnisse auseinander. Die Mitgliederzahl ist im letzten Quartal nicht unbedeutend gestiegen. Hierauf erhielt Kollege Drisch das Wort über die Dele- giertenversammlung in Krefeld. Er wies auf die Unterstühtungsbedingungen und die Karenzzeit für die nach dem 1. Januar 1910 neu beitretenden Mit- glieder hin. Dann wurde noch die Fäherbewe- gung besprochen und das Verhalten der „Genossen“ scharf verurteilt.

Niekerfeld. Am 17. November tagte die viertel- jährliche Mitgliederversammlung der hiesigen Orts- gruppe. Zum ersten Punkt der Tagesordnung er- stattete Kollege Hagens den Quartalsbericht. Sodann wurde vom Kollegen F. Gouber Bericht erstattet über die Bezirkskonferenz. Hierauf wurde vom Kollegen J. Gedhausen ein interessanter Vortrag ge- halten über die Entwicklung der Volkswirtschaft. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Red- ners. Zum Schluß mahnte der Vorsitzende, G. v. Buhl, für regere Beteiligung an dem Unterrichts- kursus zu sorgen.

Roth b. Rürberg. Annähernd vier Jahre sind es nun, seitdem am hiesigen Ort eine Ortsgruppe christlicher Textilarbeiter besteht. Vorher waren die sozialdemo- kratischen und kirchlich-demokratischen Gewerkschaften hier domi- nierend. Erstere hatten sogar schon einen Volksbeamten hier, der aber nach kurzer Tätigkeit gerausloß und wieder verschwand. Wie Leute sagten damals, in der Kaffe hätten ohne Geister ihr Unwesen getrieben. Die Mitglieder bekamen ebenfalls einen Schreden und liefen zum größten Teile auch davon. Herr Strüggemann, der rote Ober- befehlsführer für Bayern, ist seit dieser Zeit gar oft durch die Straßen von Roth gewandert mit wegmähtem Stiel, und er mag im Stillen oft darüber nachgedenken haben, wie es denn eigentlich möglich zu machen sei, der Arbeiterschaft von Roth seinen „roten Geist“ einzupflanzen. Es wollte ihm nicht gelingen. Sein „suchtlosiger“ Lokalsekretär hatte ihm einen dummen Streich gespielt. Die Arbeiterschaft war mismutig geworden und wollte von der ganzen Sozialdemokratie nichts mehr wissen. Sogar das übrig gebliebene kleine Häuflein machte dem „großen Herrn“ oft schwere Sorgen. Dazu kam noch die Agitation der „höhen Christlichen“, die sich nicht scheuten, den „freien“ Verband und seine Beamten unter die Lupe zu nehmen.

Und als dann endlich die durchaus nicht verwunderliche Tatsache sich herausstellte, daß der sonst immer so „hoch geriechende“ allmächtige deutsche Textilarbeiterverband in seiner Haupt- und Zentralstelle ziemlich Ebbe hatte, da war die Krise auch bei den paar Mitgliedern in der hiesigen Orts- gruppe bis aufs äußerste gegangen. Diese für den „freien“ Verband so schrecklich unangenehme Situation mußte selbst- verständlich unter allen Umständen beseitigt, es mußte die Fahnenflucht der Mitglieder aufgehalten werden. Helf was helfen mag, wird sich da wohl der „Generalkass“ in Berlin gedacht haben, und tatsächlich hat man auch zu den verwerflichsten Mitteln gegriffen. Zuerst wurden den Mitgliedern die Augen verblendet mit mächtig großen Zahlen. Damit sollte gezeigt werden, was der Verband schon alles geleistet habe (?). Die Mitglieder aber sagten: „Was nützt uns das — vielfach unnützig — verhasstes Pulver. Der ist ein schlechter Kaufmann, der seinen Bankrott entschuldigen will mit den zwar großen aber leichtsinnig verpulverten Summen. Sodann kam die „große Aktion“. Ausgerüstet mit dem sozialdemokratischen 500 Millionen Steuerprogramm zogen die Beamten des roten Verbandes aus nach allen Windrichtungen Deutschlands, um in 500 Versammlungen den christ- lichen Verband über 500 mal tot zu reden. Dieses so interessante, aber für die gesamte Arbeiterschaft höchst traurige Schauspiel wurde auch hier in Roth aufgeführt und als der „Gold des Tages“ erschien ein „Herr Koyke aus Berlin“. Dieser Herr war der hiesigen Arbeiterschaft schon bekannt durch seine Hetzreden gegen die „Waffen“, worüber die hiesige Lokalpresse berichtete. In dem tief heruntergekommenen schmuggigen Organ des Textilarbeiterverbandes wird von dieser Versamm- lung gesagt, Koyke habe sich gerechtfertigt. Wir sagen: Nein, das hat er noch nicht mal versucht, son- dern er hat durch sein wüßtes Schimpfen über Christen- tum und „Waffen“ das noch bestätigt, was wir bereits von ihm wußten. In dem Schmuggblatt „Textilarbeiter“ heißt es dann weiter, die Christlichen seien während der Versammlung davongelaufen, und am Schluß heißt es, die Christlichen hätten sich der roten Organisation angeschlossen. Diese Äußerungen sind damit kurz abgetan, wenn wir die Tat- sache konstatieren, daß nur der Vorsitzende und der Kassierer der christlichen Ortsgruppe in der Versammlung anwesend waren. Derselben haben trotz der häßlichen Beschimpfungen ausgehalten bis zum Schluß der Versammlung, und da sonst keine christlich organisierten anwesend waren und bis heute irgend welche Austritte bei uns nicht zu verzeichnen sind, so ist damit die ganze Verlogenheit dieser roten Gesellschaft gebührend gekennzeichnet.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Ein gerichtlich bestrittener Schurkenstreich. Allgemeines Aufsehen erregte im September 1904 nütten im Wahlkampfe zu den Knappschafstassen ein anonym herausgegebenes Flugblatt im Ruhr- revier, der damalige Vorsitzende des Gewerkevereins und Landtagsabgeordnete Brust habe sich von den Grubenbesitzern mit 30000 Mk. be- rechnen lassen; die Unterschrift lautete: „Ein Vorstandsmitglied des christlichen Gewerkevereins.“

Schon damals wurde vermutet, daß das Schan- dflugblatt, wie es der Vorsitzende des Gerichtes be- titelte, von Seiten des sozialdemokratischen Berg- arbeiterverbandes herausgegeben sei, aber erst nach fast fünf Jahren gelang es in diesem Frühjahr, Licht in die Geschichte zu bringen, worauf der „Bergknappe“, das Organ des christlichen Gewerkevereins, auf scharfe Art die handlungsweltige brandmarkte.

Infolge dessen hatte der Vorstand des sozial- demokratischen Verbandes die Privatklage gegen den Redakteur im Busch vom „Bergknappen“ angestrengt, die am 22. November cr. vor dem Schöffengerichte in Essen zur Verhandlung stand und von 9 1/2 vor- mittags bis 5 1/2 Uhr nachmittags dauerte. Obschon im Busch, so berichtet das „Reich“, wegen formaler Beleidigung mit 50 Mk. bestraft wurde, war das Ergebnis für die Leute vom sozialdemo- kratischen Verbands geradezu nieder- schmetternd.

Es wurde von den Privatklägern zugegeben, das Flugblatt sei von ihren eigenen Be- amten verfaßt und ein noch heute in Diensten des Verbandes stehender Beamter Güttke belundete: Er sei zuerst mit dem Schandblatt in Essen in der Druckerei des „Allgemeinen Beobachter“ gewesen. Der Leiter der Druckerei hätte aber den Druck ab- gelehnt. Hierauf sei er nach Köln zur Druckerei der sozialdemokratischen „Rhein-Zeitung“ gefahren, wo es denn auch gedruckt worden sei. Am 8. September sei er dann mit einem Koffer, in dem sich die Flugblätter, in Kuverts verpackt, be- funden hätten, nach Gelsenkirchen gefahren und habe dieselben dort zur Post gegeben.

Herr Güttke gab dann, in die Enge getrieben, auch noch zu, die Kuverts zur Versendung der Flugblätter von der Zentralstelle des Verbandes aus Bochum, mit den Adressen beschrieben, mitgebracht zu haben.

Die Verfasserhaft leugnet er ab und schiebt sie dem früheren Beamten Spaniol zu. Dieser be- hauptet dagegen, Herr Güttke habe auch das Manuskript des Flugblattes von Bochum mitgebracht und sei schon vorher damit beim „Allg. Beobachter“ in Essen gewesen. Da das Manuskript nur mit Bleistift geschrieben gewesen, auch schon zerknütert ausgesehen habe, so habe er es zweimal abgeschrieben. Spaniol blieb trotz gegen- ständlicher Aussage Güttkes bei seiner Behauptung und nahm sie auf keinen geleisteten Eid. Auf die Frage an Spaniol, ob ihm jemals ein Vorstandsmitglied oder sonst jemand vom christlichen Gewerkeverein gesagt habe, Herr Brust habe sich berechnen lassen, antwortete der Zeuge: Nein, niemals!

Brust erklärte als Zeuge auf Verfragen des Privatklägers, des Reichstagsabgeordneten Sachse, ob dem christlichen Gewerkeverein Inwendungen von den Unternehmern gemacht worden seien, unter Eid: Nein, niemals! Der Privatkläger Hue, früher leitender Redakteur der sozialdemokratischen Berg- arbeiter-Zeitung, meinte, die Zentrumspresse habe doch einmal eine Notiz gebracht, dem Gewerkeverein seien von Ausenstehenden 4000 Mk. gespendet worden. Herr Brust erwiderte, ihm sei von einer solchen Notiz nichts bekannt, sonst hätte er dieselbe zurückgewiesen, da der Gewerkeverein kein Geld bekommen habe.

Ferner wurde eidlich festgestellt und von den Privatklägern auch zugegeben, daß sie die ganzen Jahre hindurch nichts getan hätten, um den Verdacht von Brust und dem Gewerke- verein wegzunehmen, ja der Verbreiter heute noch als Beamter und Führer im sozialdemokratischen Verbands eine Vertrauensstellung einnehme, obschon die Tatsachen der Verbandsleitung am 8. September 1904 dem Vorsitzenden Sachse und, nach dessen eigenem

Geständnis, auch den anderen Leitern des Verbandes am 9. September bekannt waren.

Des weiteren wurde festgestellt, der Reichstags- abgeordnete Hue als damaliger Chefredakteur habe am 17. und 24. September, also acht bis vierzehn Tage nach der Wahl, den Verdacht in der von ihm redigierten Bergarbeiter-Zeitung noch besträft, das Verleumdungsmotiv sei aus den Kreisen des christlichen Gewerkevereins gekommen, trotzdem er doch wußte, daß zwei Beamte des eigenen Verbandes die Täter waren.

Wenn je, so hat dieser Prozeß gezeigt, mit welchen unehelichen und verlogenen Mitteln in sozialdemokratischen Verbandskreisen gegen den Ge- werkeverein gekämpft worden ist. Dieser Prozeß hat aber auch diese Leute in einer Weise entlarvt, wie es wohl selten gesehen ist.

Der christliche Gewerkeverein ist dagegen um so glänzender gereinigt.

Moralisch ist den sozialdemokratischen Führern eine schmähtige Niederlage bereitet worden.

Ob sie sich dieselbe zur Lehre dienen lassen werden?

Der christliche Tabakarbeiterverband konnte in diesen Tagen sein zehnjähriges Bestehen feiern. Das Verbandsorgan, die „Deutsche Tabak- arbeiter-Zeitung“, die aus diesem Anlasse in Fest- gewande erscheint, schildert die Mühen und Kämpfe, die der Verband in den zehn Jahren zu bestehen hatte. Kaum bestand der Verband, da kam die große Aussperrung in Kaldenkirchen, wovon der vierte Teil seiner Mitglieder betroffen wurde. Dank der Solidarität der gesamten christ- lichen Arbeiterschaft konnte der Schlag abgewehrt werden und wurde eine Genossenschaftsfabrik in Kaldenkirchen errichtet. Eine Kette von Kämpfen, aber auch von Erfolgen, schloß sich diesem ersten Kampfe an.

Wenn auch die großen Opfer, die für diese Kämpfe gebracht werden mußten, die Agitationsfähigkeit in etwa lahm legten, so hat der Verband dennoch eine gute Entwicklung zu verzeichnen. Von einem kleinen Spröß mit einigen hundert Mitgliedern hat er sich zu einem Verbands emporgeschwungen, mit dem heute die Gegner von rechts und links rechnen müssen. War man früher in der Agi- tation und Verteidigung des Verbandes zum großen Teil auf die Hilfe von Kollegen aus anderen Berufen angewiesen, so ist heute eine Reihe von Berufs- kollegen für die Ausbreitung des Verbandes und die Vertiefung des gewerkschaftlichen Gedankens tätig, die mit allem Nachdruck die Interessen der Mitglieder wahrnehmen! Früher geringe Opferwilligkeit und ein Beitrag von 5 und 10 Pfg., heute solche von 15, 20, 30, 40, 50 und 60 Pfg., wobei noch hervor- zuziehen ist, daß sich in den Kreisen der Mitglieder immermehr das Bedürfnis zum Liebetritt in die höheren Beitragsklassen geltend macht. Früher eine Verwaltung, in der eine systematische Ordnung gar nicht möglich war, heute eine Zentralstelle, auf der einige Kollegen täglich die geschäftlichen und finanziellen Angelegenheiten erledigen, für die Herstellung des Verbandsorgans sorgen und auch sonst im Interesse der Mitglieder tätig sind.

So ist denn auch die Gewähr geboten, daß das zweite Jahrzehnt des Bestehens eine weitere Fortentwicklung bringen wird. In diesem Sinne wünschen auch wir dem Bruderverbände viel Glück auf den Weg ins zweite Jahrzehnt Gewerkschaftsarbeit.

Aus gegnerischen Organisationen.

Vaterländische Arbeitervereine und Reichs- versicherungsordnung. „Der Bund vaterlän- discher Arbeitervereine hat an den Bundesrat eine ausführliche Eingabe gerichtet, in welcher zu dem vorliegenden Entwurf einer Reichsversicherungs- ordnung Stellung genommen wird. In der Haupt- sache werden die von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gemachten Anmerkungen und Ab- änderungsvorschläge einer gründlichen Kritik unterzogen. Die Vorlage wird vom Standpunkt der Arbeiter beleuchtet, ohne daß jedoch das Gesamtinteresse der Volkswirtschaft unberücksichtigt bliebe. Es wird überall hervorgehoben, daß allein die Rücksicht auf sachliche Interessen entscheiden müsse, nicht aber gewerkschaftliche und parteipolitische Neben- absichten. Unter anderem wird z. B. betont, daß die Machtstellung der Sozialdemokratie in den Kranken- kassen unter allen Umständen gebrochen werden müsse. Hinsichtlich der von sozialdemo- kratischer Seite beantragten Ausdehnung der Unfall- versicherung wird das Bedenken geäußert, ob eine derartige Erhöhung der sozialen Belastung ohne er- hebliche Herabsetzung der Löhne durchführbar sei. Man begegnet der Bemerkung, die deutsche Export- industrie sei im Gegensatz zu der des Auslandes dermaßen mit sozialpolitischen Lasten be- schwert, daß eine weitere erhebliche Be- lastung ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beschränken müßte, was aber nicht im Interesse der Arbeiter liegt. Im Hinblick auf die neuen Unfallversicherungsordnungen wird offen zugegeben, daß dieselben eine Behin- derung mancher Erwerbszweige im Gefolge haben könnten. Schon heute sei es vielfach so, daß selbst die Arbeiterschaft gar manche Unfallverhütungs- vorschrift als dem Betriebe hinderlich betrachte. Im ganzen freilich glaubt die Eingabe, in der Reichs- versicherungsordnung auch eine Reihe von wertvollen Verbesserungen finden zu können.“

So zu lesen in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“. Die sogenannten vaterländischen Arbeitervereine sind seiner Zeit als Gegengewicht gegen den sozialdemo- kratischen Terrorismus gegründet worden. So hielt es. Tatsächlich sind auch die vaterländischen nichts anderes als „Gelbe“, die den organisierten Streik- bruch durchzuführen versuchen. Durch diese Ein- gabe haben sie sich auch noch nach einer anderen Seite gezeigt. Sie bilden eine Sturmfronte für die Unternehmern im Kampfe gegen die Sozialpolitik. Es ist eine Annäherung sondergleichen, von einer Beleuchtung der Vorlage vom Standpunkte der Ar- beiter aus“ zu schreiben. Die vaterländischen Ver- treter nicht den Standpunkt der Arbeiter, sondern den Standpunkt der Unternehmern. Wir nehmen darum an, daß die genannte Eingabe, die von Unter- nehmern oder deren Stützungen diktiert ist, vom Bundesrat als Lust betrachtet wird. Die Eingabe trägt zu sehr den Stempel einseitiger Arbeitgeber- freundschaft und Arbeitgeberinteressen an der Stirne, als daß noch irgend jemand auch nur mit einem Scheine von Recht von einer Eingabe der Arbeiter reden könnte.

Die Vaterländischen haben durch diese Eingabe einen neuen Beweis dafür erbracht, daß sie nicht anders bezwecken, als den unsozialen Forderungen der Unternehmer auf Kosten der Arbeiterinteressen Geltung zu verschaffen.

Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.

Delegiertentag des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter der Schweiz. Derselbe fand am 21. November in St. Gallen statt.

Die Beiträge wurden in allen Klassen um 5 Rappen erhöht. Die bisherige Beitragsklasse von 10 Rappen verschwindet.

Table with 2 columns: Wochenbeiträge, I. Klasse 15 Rappen, II. 20, III. 25, IV. 30, V. 35, VI. 40.

Die beiden ersten Klassen sind nur für Arbeiterinnen; doch steht es diesen frei, auch in die höheren Klassen einzutreten.

An Unterstützung wird der Verband zunächst die Unterstützung in Krisenzeiten der Stillerie. Diese Unterstützung erfolgt nach Vereinbarung mit dem Komitee des Hilfsfonds der Schweizerindustrie.

Jähr die ebenfalls vorgesehene allgemeine Unterstützung bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit kommen dieselben Sätze in Anwendung wie bei der Krisenunterstützung.

Die Statut beigefügt wurden auch einheitliche Sozialbestimmungen für die einzelnen Sektionen, sowie ein Streit-Reglement.

Alles in allem genommen nahm der Delegiertentag einen durchaus betrieblichen Verlauf. Noch bleibt zu machen zu erörtern, was bedeutet die vorgesehene Reorganisation innerhalb eines wichtigen Schritts vorwärts.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Einzelne Industriellen wollen sich die Industriellen erstrecken, da die finanziellen Mittel für einen Kampf gegen die Sozialreform begrenzt sind.

Sie jammern über die „Nachschlüsseligkeit“ und „Verständnislosigkeit“, womit Regierung und Parlament angeblickt über die Interessen der Industrie hinweggehen.

Wer hat die dem Volke geordnete Forderung verurteilt? Der Einfluß Stimmens und seiner Gesinnungsgenossen, der sich wie ein vernichtender Frost in einer Frühlingnacht auf dem damals noch jungen Felde der geschäftlichen Sozialreform geltend machte.

Und andererseits: Sind denn wirklich die Erzeugnisse unserer Sozialpolitik so groß, daß sie den Ärzten der Schärfermacher rechtfertigen?

Die wirtschaftliche Lage der Industriellen von der Regierung eine Wahrnehmung ihrer einseitigen Interessen verlangen, schienen unter anderem auch die zu Beginn dieses Jahres an die Deutsches Reichstag gelangten Verhandlungen einer Sitzung von Sozialreformern.

Allgemeine Rundschau.

Soziale Rechtssprechung.

Ist die Streikunterstützung Rechtspflichtig? Diese Frage ist bisher vielfach beantwortet und auch entschieden worden. Die Parteien sind im allgemeinen der Meinung, daß die Streikunterstützung nicht Rechtspflichtig zu werden braucht.

könne die Streikunterstützung nicht gelten, weil der Rechtsanspruch fehle, und als Arbeitsverdienst könne sie auch nicht angesehen werden.

Allgemeines.

Ein Teil der deutschen Arbeiterversicherung aus dem Ausland. Ueber die deutsche Arbeiterversicherung sprach sich vor einigen Tagen in Berner Konferenz der Arbeitervereine.

Es gehörte ein gewisser Mut dazu, um in Frankreich das Lob der Macht, der Organisation, der Stärke und der Lebenskraft des deutschen Volkes zu verkünden.

Und eine solche soziale Gesetzgebung, um welche uns das Ausland beneidet, aus Agitationsrückichten stets in der unerantwortlichen Weise herunterzureißen, nehmen die „einzigen wahren Arbeiterfreunde“, die „Genossen“, keinen Anstoß!

Handwerkliche Ausbildung der Frauen. Während es bisher schon leichter anging, auch hauswirtschaftliche Ausbildung durch Volksschulbildung, hauswirtschaftlicher Kurse, Wanderschulen usw. an die schulentlassene weibliche Jugend heran zu führen.

Der Unterricht findet an allen Werktagen, außer Samstagen und den Ferien nachmittags von 2-6 Uhr statt. Jeder Kursus dauert 40 Tage.

Die Arbeitervereine haben in einem Abend in der Woche findet ein Vortragsabend statt, hauptsächlich für Städtische, und an zwei Abenden wird Unterricht im Nähen erteilt.

Die Arbeitervereine verdienen ohne Zweifel auch anderwärts, und namentlich in den Orten mit einer reichen Industrie, weitgehende Beachtung und Nachahmung.

Berichtigung.

Der Artikel „Christliche Gewerkschaften und Sozialpolitik“ in der vorigen Nummer d. Zig. muß es in der zweiten Spalte, neunte Zeile statt bürgerliche Partei bürgerliche Parteien heißen.

Veranstaltungskalender.

Nachm. 10 Uhr, 6 Uhr, bei Schweizer, Kapellenstr. 12. 12. Dez. 3 Uhr, im evangelischen Vereinssaal, Spittelstr. 12, Generalversammlung.

Dahlhausen-Wupper. 5. Dez., 2 Uhr, bei Ost. Mayer. Blüschdorf. 5. Dez., 11 Uhr, im Paulushaus. Oberfeld. 11. Dez., 8 1/2 Uhr, bei Herkenrath, Klopshagen, Generalversammlung.

Bilanz.

Table with 2 columns: Aktiva, Passiva. Aktiva: Kassenkonto 2660.11, Sparkastenkonto 8270.24, Barer-Konto 7831.11, etc. Passiva: Lieferanten-Konto 923.26, Reservefonds-Konto 2649.61, etc.

Mitgliederversammlung am 1. September 1908. Am 31. Aug. 1909 aufgeschoben durch Kündigung.

Der Vorstand: Jakob Schmid, Wilhelm Jansen, Jakob Geseinen. Der Aufsichtsrat: J. A. Johann Baues.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Heinrich Vorst in Süchteln. Karl Willems in Eupen. Wilhelm Kuck in Aachen-B.

Literarisches.

Arbeiter-Taschenbuch für das Jahr 1910. Herausgegeben von den Verbänden katholischer Arbeitervereine West- und Süddeutschlands. 288 Seiten. Preis kartoniert 40 Pfg.

Inhaltsverzeichnis.

An die christlich-nationale Arbeiterzeitung Deutschlands! Artikel: „Aus der Schimpansie eines Unternehmens-Arbeitsnachweises.“ - Die Durchführung des Kinderzuschlaggesetzes nach den Berichten der württembergischen Gewerkeinspektion.